

## Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 26.-28.2.

(Stand: 28.2. 13:30 Uhr)

### Inhalt:

1. Aktuelle Informationsangebote.....	2
2. EU-Sanktionsbeschlüsse – drittes Sanktionspaket (Stand 28.2. 13 Uhr) .....	3
3. Russland-Gegensanktionen .....	7
4. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung).....	9
5. Hilfsaktionen .....	19

## 1. Aktuelle Informationsangebote

Auswärtiges Amt und Bundeswirtschaftsministerium haben für den 2. März zu einem Briefing eingeladen:

**Informationsaustausch mit der deutschen Wirtschaft  
zur aktuellen Lage bzgl. Russland und der Ukraine  
am 2. März 2022, 11:30 - 13:00 Uhr  
Virtuell über Webex**

Bitte melden Sie sich bis 1. März, 12 Uhr, unter [402-S@diplo.de](mailto:402-S@diplo.de); oder Tel. (030) 18 17 – 3583 zum Gespräch an. Sie erhalten dann die Einwahldaten.

Der Ost-Ausschuss hat eine **Task Force** eingerichtet, die Ihre Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine und Russland aufnimmt. Zur Task Force gehören die Geschäftsführung und die Ihnen bekannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionaldirektionen für Russland und Osteuropa, sowie des Bereichs Presse und Public Affairs. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage:

[Kontakt | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an:  
Alena Akulich, [a.akulich@oa-ev.de](mailto:a.akulich@oa-ev.de), Tel: 030-206167129.

Auch der Ost-Ausschuss bietet in dieser Woche ein Briefing zusammen mit dem Auswärtigen Amt an:

Die Sitzung unter Leitung von Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender der Wintershall Dea AG und Länderkreissprecher Russland sowie Philipp Sweens, Geschäftsführer der HHLA International GmbH und Länderkreissprecher Ukraine, findet im Online-Format am **Donnerstag, den 3. März 2022, von 11:30 bis 12:30 Uhr (MEZ)** statt.

Wir würden uns sehr über Ihre Teilnahme freuen und bitten um eine Rückmeldung unter diesem [LINK](#) und dem allgemeinen Code RU\_UKR2022.

Eine E-Mail mit den entsprechenden Einwahldaten erhalten alle angemeldeten Teilnehmer rechtzeitig vor der Sitzung.

Für Rückfragen zu diesem Briefing steht Ihnen Dr. Christiane Schuchart, T: 030 206167 123, E-Mail: [C.Schuchart@oa-ev.de](mailto:C.Schuchart@oa-ev.de) und Stefan Kägebein T: 030 206167 113, E-Mail: [S.Kaegebein@oa-ev.de](mailto:S.Kaegebein@oa-ev.de) jederzeit gern zur Verfügung.

## **2. EU-Sanktionsbeschlüsse – drittes Sanktionspaket (Stand 28.2. 13 Uhr)**

### Übersicht:

Die EU-Außenminister haben sich am Wochenende auf eine Reihe neuer Sanktionen gegen Russland geeinigt. Diese nunmehr dritte Sanktionsrunde betreffen den Ausschluss eines großen Teils der russischen Banken vom internationalen Banken-Zahlungsnetzwerk SWIFT, die Blockade der internationalen Reserven der russischen Zentralbank und weitere Schritte gegen Oligarchen, deren Familien und Partner. Dazu gehört das Einfrieren ihrer Vermögen, aber auch, den Verkauf von „EU-Pässen“ an diese einzuschränken. Angekündigt sind zudem Maßnahmen gegen staatliche russische Medien und Flugverbote für russische Airlines in der EU. Zudem soll es neue Sanktionen gegen das Lukaschenko-Regime in Belarus geben.

Die Sanktionen im Bereich SWIFT dürften dazu führen, dass erhebliche Teile des Handels zwischen Russland und Deutschland/der EU zum Erliegen kommen. Negative Folgen für die deutsche Wirtschaft durch die Maßnahmen und erwartete russische Gegensanktionen will Wirtschaftsminister Robert Habeck mit Staatshilfen abfedern: „Wir werden ähnliche Schutzmaßnahmen machen, wie wir es in der Corona-Pandemie getan haben“, so Habeck. Die Regierung will zudem bald ein Gesetz zu Mindestfüllständen in Gasspeichern vorlegen. Außerdem sollen zwei Flüssiggas-Terminals in Wilhelmshafen und Brunsbüttel an der Nordseeküste gebaut werden. Auch eine nationale Steinkohle-Reserve ist geplant.

Der Wert des Rubels fiel Montagmorgen im Vergleich zum Freitagshandel um bis zu 40 Prozent auf ein neues Allzeittief. Als Reaktion auf die Sanktionen des Westens hebt die russische Zentralbank den Leitzins drastisch an. Er steige auf 20 Prozent, teilte die Bank laut russischen Nachrichtenagenturen mit. Das ist ein Sprung um 10,5 Punkte. Die Notenbank werde „neue Entscheidungen zum Leitzins auf Basis einer Abschätzung der äußeren und inneren Risiken sowie der Antwort der Finanzmärkte auf diese Risiken treffen“, hieß es. Die russische Zentralbank reagierte darauf mit dem Verbot für Wertpapierhändler, russische Wertpapiere im Besitz von Ausländern zu verkaufen. Mit Kapitalspritzen und Fremdwährungsgeschäften sollen zudem heimische Geldinstitute gestützt werden. Die Währungs- und Geldmärkte sollten am Montag später öffnen, wie es von der Notenbank hieß. Brian O’Toole, Sanktionsexperte bei der Bank Truist Financial, geht davon aus, dass der Rubel am Montag massiv einstürzen wird und es zu einem Bankenansturm kommt. Die Preise für die russische Bevölkerung könnten massiv steigen.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen befürwortet eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU. Die EU revidiert außerdem ihre bisherige Linie, kein Militärgut an Kriegsparteien zu liefern. Erstmals wird sie Kauf und Lieferung von Waffen sowie von militärischer Ausrüstung „an ein angegriffenes Land“ finanzieren. 500 Millionen Euro wurden hierfür freigegeben. Vom „Ende des Tabus, wonach die EU keine Waffen an Kriegsparteien liefert“, sprach Außenbeauftragter Josep Borrell.

### Ausblick:

Die Europäische Union will nach Angaben eines hochrangigen Vertreters noch diese Woche neue Sanktionen gegen Belarus verhängen. Das Paket werde vermutlich am Montag oder Dienstag vorgestellt, sagte der Insider. Es richte sich gegen die Exportwirtschaft, Oligarchen,

die Zentralbank und sehe zudem einen Swift-Ausschluss der belarusischen Banken vor. Vorbild seien die Strafmaßnahmen gegen Russland.

Gemeinsames Statement der EU, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, GB, USA und Kanada:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_22\\_1423](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_1423).

### **Die Maßnahmen im Einzelnen:**

#### Flug- und Landeverbote für russische Airlines in der EU:

Russischen Luftfahrtunternehmen, in Russland registrierten Luftfahrzeugen und nicht in Russland registrierten Luftfahrzeugen, die im Eigentum einer russischen natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung stehen oder von ihr gechartert oder anderweitig kontrolliert werden, untersagen, im Hoheitsgebiet der EU zu landen, vom Hoheitsgebiet der EU zu starten oder das Hoheitsgebiet der Union zu überfliegen.

[Publications Office \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_1423)

#### SWIFT:

Es geht bislang nicht um einen flächendeckenden Ausschluss von SWIFT, sondern um den gezielten Ausschluss ausgewählter Banken, etwa 70 Prozent des russischen Bankenmarkts. Der SWIFT-Ausschluss koppelt die Banken nicht völlig von den internationalen Finanzmärkten ab. Es macht für sie Transaktionen aber sehr viel schwieriger und teurer. Die Liste betroffener Banken liegt aktuell noch nicht vor.

Drei Arten von Banken werden aktuell noch vom SWIFT-Ausschluss ausgenommen:

1. Banken, die für die Abwicklung von Zahlungen für Energielieferungen benötigt werden
2. Banken, die für die Bezahlung der russischen Schulden wichtig sind
3. Banken, deren europäische Partner-Kreditinstitute ansonsten in gravierende finanzielle Schieflagen geraten könnten.

Mit den Ausnahmen werden nicht zuletzt die Bedenken Deutschlands und Italiens aufgegriffen. Zahlungen für Energielieferungen bleiben demnach möglich. Nach Meinung vieler Experten sei dies zudem sogar nach einer Abkopplung von SWIFT nicht unmöglich, Fax und Telex blieben dann denkbare Alternativen.

2020 kaufte die EU nach Angaben der FAZ für knapp 60 Milliarden Euro Erdöl, Gas und Kohle in Russland ein, das sind etwa 164 Millionen am Tag. Deutschlands Anteil an dieser Summe liegt etwa bei einem Drittel.

Doch auch ohne direkte Sanktionen gegen den russischen Rohstoffsektor ist wohl in Kürze mit Lieferausfällen zu rechnen. Russland selbst könnte einen solchen Schritt gehen, da die Verwendung der Einnahmen aus den Geschäften durch die EU-Sanktionen gegen die Zentralbank sehr eingeschränkt ist.

### Zentralbank:

Die Blockade der Nationalbank-Reserven soll die Abfederung der Folgen des Ausschlusses von SWIFT verhindern. Es soll verhindern, dass Russland irgendwann seine Reserven an Euro, Dollar, Pfund und anderen Währungen verkauft, um mit den eingenommenen Rubel die durch die Sanktionen in Schieflage gekommenen Banken und Unternehmen zu stützen. Das Geld kann außerdem nicht mehr für Interventionen am Devisenmarkt genutzt werden, um den Rubel zu stützen. Zudem könnte Russland durch die Blockade Probleme bekommen, seine Auslandsschulden zu bedienen. Das Einfrieren der Reserven macht es dem Westen leichter, im Extremfall Teile davon zu beschlagnahmen.

Mit Russlands Zentralbank wird erstmals eine größere Volkswirtschaft mit dieser harten Maßnahme bedacht. Bisher waren lediglich Mittel der Zentralbanken von Ländern wie Iran, Venezuela und Nordkorea, Syrien und Afghanistan eingefroren worden. Ökonomen gehen davon aus, dass das Sanktionspaket Russland in eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise stürzen dürfte. Auch ein Kollaps des Finanzsystems wird nicht ausgeschlossen.

Russlands Zentralbank verfügt nach Recherchen der FAZ derzeit über Devisen- und Goldreserven im Wert von etwa 630 Milliarden Dollar; wobei 470 Milliarden Dollar davon liquide oder schnell verfügbar sind. 311 Milliarden Dollar sind in Anleihen ausländischer Emittenten angelegt; 152 Milliarden Dollar in Bargeld und als Bankeinlagen im Ausland. Gold im Wert von 132 Milliarden Dollar lagert in Russland; zudem rund 30 Milliarden Dollar als Sonderziehungsrechte beim IWF – beides gehört zu den nicht liquiden Mitteln. Die 13 Prozent der Reserven, die im chinesischen Renminbi angelegt sind, werden von den Sanktionen nicht unmittelbar berührt.

### Oligarchen:

Das Einfrieren der Vermögen der russischen Oligarchen und die Beschränkung des Zugangs zur EU sollen es ihnen unmöglich machen, wichtige Geschäfte über ihre Privatkonten abzuwickeln. Allerdings hat sich die Schweiz bislang den EU-Sanktionen weiterhin nur ansatzweise angeschlossen, weshalb erhebliche Umgehungsmöglichkeiten bestehen.

EU, USA und die weiteren Verbündeten wollen noch in dieser Woche eine transatlantische Task Force ins Leben rufen, die die wirksame Umsetzung der Finanzsanktionen durch die Identifizierung und das Einfrieren von Vermögenswerten sanktionierter Einzelpersonen und Unternehmen, die sich in unserem Rechtsraum befinden, sicherstellen soll. Weiter heißt es in der Ankündigung: „Im Rahmen dieser Bemühungen haben wir uns verpflichtet, Sanktionen und andere Finanz- und Vollstreckungsmaßnahmen gegen weitere russische Beamte und der russischen Regierung nahestehende Eliten sowie deren Familienangehörige und Erfüllungsgehilfen zu ergreifen, um deren Vermögenswerte in unserem Hoheitsgebiet zu ermitteln und einzufrieren. Wir werden auch andere Regierungen einbeziehen und daran arbeiten, die Bewegung von unrechtmäßig erworbenen Gewinnen aufzudecken und zu unterbrechen und diesen Personen die Möglichkeit zu nehmen, ihr Vermögen in anderen Ländern der Welt zu verstecken.“

Linkliste EU-Sanktionen:

EU- Beschlüsse:

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2022/02/27/>

Luftfahrtbeschränkungen:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:057:TOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:C:2022:098:TOC>

Finanzhilfen für die Ukraine:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L:2022:055:TOC>

### 3. Russland-Gegensanktionen

Moskau werde mit »symmetrischen und asymmetrischen« Gegenmaßnahmen reagieren, hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bereits am Freitag angekündigt. Zu den ersten asymmetrischen Maßnahmen gehörte es, die nationale Atomstreitmacht in Alarmbereitschaft zu versetzen. Dies kündigte Wladimir Putin am Sonntagmittag an.

Im wirtschaftlichen Bereich wurde unter anderem vom früheren Präsidenten Dmitrij Medwedew eine „Beschlagnahme von Geldern von Ausländern und ausländischen Unternehmen in Russland nach dem Landesprinzip“ angedroht. Medwedew sprach auch die Möglichkeit an, das Eigentum von Personen zu verstaatlichen, die im Hoheitsgebiet der USA, der EU und einer Reihe von „beschwichtigenden angelsächsischen Ländern“ registriert sind.

Russland wird auf die Schließung des Luftraums für seine Flugzeuge in der Europäischen Union sowie auf die anderen Sanktionen nach Kremlangaben ebenbürtig reagieren

Wir sammeln dazu weiter alle belastbaren Informationen.

Nach einem Bericht der Agentur Tass, wird die Zentralbank der Russischen Föderation ein Verbot des Verkaufs russischer Wertpapiere durch Ausländer einführen. Die Entscheidung trat am 28. Februar um 07:00 Uhr Moskauer Zeit in Kraft. Die Bank von Russland erließ eine Anordnung, die es russischen Maklern untersagte, Wertpapiere im Namen ausländischer Kunden zu verkaufen, schreibt RBC unter Bezugnahme auf ein Dokument, dessen Echtheit von zwei Quellen auf dem Finanzmarkt bestätigt wurde.

Professionelle Teilnehmer am Wertpapiermarkt, die Maklertätigkeiten ausüben, sollten die Ausführung aller Aufträge von Kunden – ausländische juristische Personen und Einzelpersonen – für den Verkauf von Wertpapieren ab sieben Uhr morgens am 28. Februar bis zur Stornierung des Auftrags aussetzen, heißt es in einem unterzeichneten Dokument vom stellvertretenden Vorsitzenden der Regulierungsbehörde, Philip Gabunia. Makler müssen der Zentralbank auch einen Bericht über die Aussetzung des Geschäfts übermitteln, schreibt die Zeitung unter Berufung auf das Dokument.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anforderungen nicht für Anträge gelten, die am Montag vor sieben Uhr morgens eingereicht werden. Der Bericht über die Ausführung des Auftrags muss bei der Zentralbank innerhalb von fünf Werktagen nach dem Datum der Zusendung dieses Dokuments durch die Bank von Russland eingehen.

Quelle: <https://tass.ru/ekonomika/13891007>

#### Weitere Medienberichte aus Russland:

Russland treffe Gegenmaßnahmen gegen das von der EU verhängt Flugverbot. Man wolle dabei in erster Linie die staatliche Fluggesellschaft Aeroflot unterstützen. Einem Medienbericht zufolge würde es 5 bis 7 Jahre dauern, um ausländische Flugzeugtypen durch russische zu ersetzen. Berichtet wird über „Umwege“ für russische Flugzeuge. Man könne über Istanbul und den Nahen Osten nach Westen gelangen. Dies brauche aber Zeit.

Russische Reiseveranstalter hätten den Verkauf von Reisen in die Dominikanische Republik, nach Mexiko, Venezuela und Kuba eingestellt, so der Verband der russischen Reiseveranstalter. Die Entscheidung sei aufgrund der langen Flugzeiten und der Gefahr einer Beschlagnahmung von Flugzeugen und höherer Kosten aufgrund der Sanktionen getroffen worden.

Die VEB-Bank werde aufgrund der SWIFT-Situation das Finanznachrichtensystem der Bank of Russia und alternative Kanäle nutzen

Protestaktion in Moskau für den Frieden und gegen den Krieg in der Nähe des russischen Außenministeriums. Alleine am Sonntag seien in Moskau über 1100 Menschen, darunter auch Journalisten festgenommen worden, obwohl sie sich regelkonform verhalten hätten. In den ersten vier Tagen der Invasion der Ukraine ging die russische Polizei außerdem mit Gewalt gegen die landesweiten Antikriegsproteste vor. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation OVD-Info wurden über 5.900 friedliche Demonstrierende in ganz Russland festgenommen.

Telegram-Gründer Durow überlege, im Fall einer Eskalation seinen Betrieb in Russland und der Ukraine einzuschränken. Der Kanal werde immer stärker zum Verbreiten von fake news missbraucht. Er wolle nicht, dass Telegram zur Verschärfung des Konflikts beitrage.

Gaslieferungen nach Europa über das Gastransportsystem der Ukraine hätten in den letzten Tagen zugenommen, weil Europa wegen leerer Speicher mehr bestellt habe. Gasprom erfülle seine Verträge weiterhin.

Am 24. Februar wies die russische Medienaufsichtsbehörde die Medien an, bei der Berichterstattung über den Einmarsch Russlands in der Ukraine nur Informationen aus offiziellen staatlichen Quellen zu verwenden. Wer sich dieser Anordnung widersetzt, muss mit der Sperrung seiner Website und einer Geldstrafe rechnen.



#### 4. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Handelsblatt

<https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanzen-lkw-bauer-volvo-stoppt-produktion-und-verkauf-in-russland/28113878.html>

Daimler Truck stellt Kooperation mit russischem LKW-Hersteller KAMAZ ein.

Daimler Truck friert nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine einem Medienbericht zufolge die Kooperation mit dem russischen Lkw-Hersteller Kamaz ein. In dem Joint Venture von Daimler mit Kamaz würden ab sofort keine Lastwagen mehr gebaut, berichtete das „Handelsblatt“ am Montag mit Verweis auf eine Bestätigung durch den Konzern. Kamaz ist laut „Handelsblatt“ der führende Hersteller von Lastwagen und Bussen in Russland und rüstet das Militär des Landes seit Jahren auch mit Panzerwagen aus.

Volvo Rus stellt Produktion und Verkauf in Russland ein

Der schwedische Nutzfahrzeughersteller Volvo hat die Produktion in seiner Fabrik im russischen Kaluga und den Verkauf in Russland wegen des Ukraine-Konflikts vorübergehend eingestellt. "Diese Entscheidung tritt sofort in Kraft und gilt bis auf Weiteres", sagte ein Unternehmenssprecher am Montag der Deutschen Presse-Agentur.

Renault unterbricht Produktion in Moskau

Der französische Autokonzern Renault legt seine Produktion in Moskau vorübergehend still. Es gebe "einige Unterbrechungen bei der Versorgung mit Bauteilen", teilt die russische Renault-Tochter mit. Die Invasion Russlands in der Ukraine und die darauf folgenden westlichen Sanktionen gegen Russland erwähnte das Unternehmen nicht. Renault ist vergleichsweise stark in Russland engagiert und macht dort nach Schätzungen der Citibank etwa acht Prozent seiner Gewinne. Renault ist auch maßgeblich am größten russischen Autobauer Avtovaz beteiligt, dem Hersteller der Lada-Geländewagen.

Netto-Nord listet russische Produkte aus

Während einige Händler mit Worten ihre Solidarität zur Ukraine ausdrücken, gehen andere Branchenakteure einen Schritt weiter. So nimmt die dänische Salling Group inklusive der deutschen Discount-Marke Netto Nord sämtliche Produkte, die in Russland hergestellt werden, aus ihren Regalen.

FAZ:

[Ukraine-Konflikt sorgt für Chaos an den Rohstoffmärkten \(faz.net\)](#)

In Deutschland zittert so mancher wegen der steigenden Gaspreise und der Aussicht, Russland könnte den Hahn ganz zudrehen. Im Libanon haben die Menschen eher Angst, der Nachschub an Brotgetreide könne versiegen. Getränkedosenhersteller und Autoproduzenten machen sich wegen der hohen Preise für Aluminium oder Palladium Sorgen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat Auswirkungen auf viele Märkte.

Russland ist einer der größten Produzenten und Exporteure von Erdgas und Erdöl. Der Ölpreis steigt bereits seit Wochen und hat mittlerweile wieder die 100-Dollar-Marke pro Barrel überschritten – das erste Mal seit Herbst 2014. Analyst Carsten Fritsch von der Commerzbank erklärt: „Wenn russische Öllieferungen ausbleiben, können die anderen Förderländer das nur in begrenztem Maße ausgleichen.“

Russland ist seit 2018 der weltgrößte Exporteur von Weizen, die Ukraine ist auf dem Weg zu Platz Nummer drei. Dazwischen liegen die USA. Der Preis schoss am Donnerstag im europäischen Handel auf ein neues Rekordhoch von 344 Euro pro Tonne. Beim Mais ist die Ukraine der viertgrößte Exporteur weltweit. Weil die ukrainischen Häfen geschlossen sind, kann kein Getreide das Land verlassen. Nach Angaben der Firma Ukr-AgroConsult lagern im Land aktuell 500.000 Tonnen Weizen und 1,7 Millionen Tonnen Mais.

Welche Länder die Engpässe treffen würden

Abhängig von den Getreidelieferungen aus Russland und der Ukraine sind vor allem Länder in Nahost wie Ägypten oder Libanon und in Afrika. Im Libanon etwa stammt die Hälfte des im Land verbrauchten Weizens aus Russland und der Ukraine, sagt Christiane Lambert, Vorsitzende des europäischen Bauernverbands Copa-Cogeca in Brüssel. „Das heißt, für einige Länder werden die Preissteigerungen dramatischer sein als für uns. Da wird es Mangel geben.“

Laut dem Marktforschungsunternehmen Agritel ist die Gefahr von Engpässen beim Sonnenblumenöl sogar noch größer. Die Ukraine ist der weltweit größte Produzent und weltweit größte Exporteur. „Die Lage auf dem Markt für pflanzliche Öle ist sehr angespannt“, berichtet Sébastien Poncelet von Agritel. „Es gibt wenig Lagerbestände an Sojaöl aus Lateinamerika und an Palmöl aus Indonesien und Malaysia – gleichzeitig ist die Nachfrage sehr hoch.“

Die Experten von Capital Economics warnen davor, dass Russland als Gegenmaßnahme zu Sanktionen des Westens seine Lieferungen der wichtigen Metalle Aluminium, Nickel und Palladium einschränken könnte. Der russische Konzern Rusal etwa ist der weltweit zweitgrößte Produzent von Aluminium – der Preis dafür erreichte Donnerstagsmorgen ein Allzeithoch von 3382,50 Dollar (3013 Euro) pro Tonne in London.

Beim Nickel sitzt der Konzern Nornickel Norilsk am langen Hebel. Russland war 2019 der drittgrößte Nickelförderer nach Indonesien und den Philippinen, beim raffinierten Nickel steht das Land auf Position zwei. Das Metall wird vor allem für nichtrostenden Stahl und in vielen Gütern wie Münzen, Batterien oder zum Beschichten von Glas verwendet. Aktuell wird das Metall vor allem für die Herstellung von Batterien für Elektroautos gebraucht. Auch hier bewegt sich der Preis auf Rekordhöhen.

Palladium wird ebenfalls vor allem in der Autoindustrie benötigt – das Metall steckt in Katalysatoren. Russland kontrolliert 50 Prozent des Weltmarktes. Im Flugzeugbau schließlich wird viel Titan verwendet, ein leichtes und widerstandsfähiges Material. Hier ist der

russische Konzern VSMPO-Avisma, 1941 im Ural gegründet, weltweit der größte Lieferant für die Branche, wie der französische Triebwerkshersteller Safran angibt.

Welt:

[Ukraine-Konflikt: Deutsche Unternehmen schließen Läden und Werke - WELT](#)

Deutsche Unternehmen stoppen derzeit reihenweise ihre Geschäfte in der Ukraine – angesichts des Einmarschs russischer Truppen. Mittelständler wie Großkonzerne sorgen sich um die Sicherheit ihrer eigenen Belegschaft und haben daher nach und nach Werke und Läden geschlossen, zeigen zahlreiche Meldungen.

Vor Ort sind rund 2000 Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung engagiert, meldet die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer. Gemeinsam beschäftigen sie rund 50.000 Mitarbeiter. Die meisten dieser Unternehmen sitzen im Westteil des Landes, einige aber auch im Donbass im Osten, wo die Separatistenregionen Donezk und Luhansk liegen. Dazu gehört auch das Werk des Baustoffherstellers Knauf. Das Familienunternehmen aus dem unterfränkischen Iphofen produziert Gipsplatten im bislang ukrainisch kontrollierten Teil des Donbass, nur 20 Kilometer entfernt von den Separatistengebieten. Daher war Knauf auch eine der ersten Firmen, die ihre Fabrik „bis auf Weiteres“ geschlossen und sämtliche 589 Mitarbeiter nach Hause geschickt hat.

Verschlossene Türen gibt es auch bei Großhändler Metro. Der Konzern aus Düsseldorf betreibt 26 Märkte in der Ukraine und beschäftigt dort 3400 Mitarbeiter. Am Donnerstag hatten bereits 16 Märkte nicht mehr geöffnet, darunter auch der Standort Mariupol an der Grenze zu Russland. „Wir haben Mitarbeiter und Familien von dort in sichere Regionen des Landes evakuiert“, sagte ein Sprecher. Für den S-Dax-Konzern ist die Region besonders wichtig für die eigene Bilanz. Immerhin summierte sich der Umsatz in der Ukraine zuletzt auf rund 800 Millionen Euro. Nochmal deutlich mehr ist es in Russland mit 2,4 Milliarden Euro. Die dortige Landesgesellschaft lieferte zuletzt zudem ein Drittel mehr Gewinn ab als der deutsche Heimatmarkt – und das bei einem Nettoumsatz, der nicht mal halb so hoch ist. Betroffen ist auch die Autoindustrie. Denn etliche Zulieferer haben sich in der Ukraine angesiedelt. Bosch zum Beispiel in Krakovets im Westen des Landes. Leoni aus Nürnberg, ein führender Hersteller für Drähte, Kabel und Bordnetz-Systeme, betreibt sogar zwei Werke mit insgesamt 7000 Mitarbeitern an den Standorten Stryji und Kolomyja im Südwesten des Landes.

Nun sind beide Fabriken vorübergehend geschlossen und es herrsche „Entsetzen und Fassungslosigkeit“ über die Ereignisse der vergangenen Tage, wie ein Sprecher berichtet. Es gibt noch etliche weitere Unternehmen aus verschiedenen Industriebereichen, die nun Notfallpläne aktiviert und Taskforces gebildet haben. Der Persil-Hersteller Henkel etwa hat mittlerweile alle vier Produktionsstätten mit zusammen 600 Mitarbeitern geschlossen. Gleichzeitig sind auch Büros und Repräsentanzen zu, darunter die von SAP und von BASF, die sich in beiden Fällen in der Hauptstadt Kiew befinden, wohin russische Panzer bereits vorgerückt sind.

Geschlossen bleibt auch das Containerterminal im Schwarzmeerhafen Odessa im Südwesten der Ukraine, das seit 2001 vom Hamburger Hafen- und Logistikkonzern HHLA betrieben wird. Man habe 480 Mitarbeiter mit der Vorauszahlung eines Monatslohns nach Hause geschickt, sagte die HHLA-Vorstandsvorsitzende Angela Titzerath. Lediglich acht Wachleute seien noch für die Sicherung aktiv, etwa bei möglichen Brandausbrüchen.

Welche Behinderungen und Einschränkungen sich dadurch für den gesamten internationalen Güterverkehr ergeben, sei bislang nicht abzuschätzen, sagt Titzerath und meint damit auch den interkontinentalen Containerzugverkehr zwischen Europa und China, der zu einem wesentlichen Teil über russisches und ukrainisches Territorium führt. Logistiker nennen die Verbindung „Eiserne Seidenstraße“. Der Hafen in Odessa ist zudem wichtig für die Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern und er dient als Exporthafen für vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Unsicherheit und damit Sorge beschäftigen auch den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). „Die wirtschaftlichen Folgen dieser Invasion sind noch nicht absehbar, sie sind aber ganz sicherlich schwerwiegend“, sagt DIHK-Präsident Peter Adrian. „Auch auf die Beschäftigten der deutschen Unternehmen und der Auslandshandelskammer in Russland kommen jetzt erhebliche Unsicherheiten zu.“

Ähnlich äußert sich auch der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. „Auch dieser Krieg wird nur Verlierer kennen“, sagt der Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes, der im Hauptberuf Vorstandschef des Dortmunder Pumpenherstellers WILO ist. Sein Verband bemühe sich seit 70 Jahren um den Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen mit Osteuropa. „Wir haben uns dabei immer auch als Brückenbauer gesehen, der zur politischen und gesellschaftlichen Verständigung und Aussöhnung mit der Region beiträgt“, sagt Hermes. Aus Geschäftspartnern seien dabei vielfach auch Freunde geworden. „Die Erfolge dieser Arbeit werden heute massiv infrage gestellt.“

Neben den deutschen Unternehmen haben auch Konzerne aus etlichen anderen Ländern ihr Engagement in der Ukraine heruntergefahren. Der Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé etwa hat seine drei Werke und dazu alle Lager vorübergehend geschlossen und Lieferungen der dort üblicherweise produzierten Süßigkeiten, Fertiggerichte und Getränke eingestellt. Gleiches gilt für die Bier-Hersteller Anadolu Efes aus der Türkei, der mit Weltmarktführer Anheuser Busch-Inbev ein Joint Venture mit 3000 Mitarbeitern in der Ukraine betreibt. Derzeit werde weder produziert noch verkauft, hieß es von Unternehmensseite. Konkurrent Carlsberg aus Dänemark hat bislang zwei von drei Brauereien im Land geschlossen.

Redaktionsnetzwerk Deutschland

[Krieg in der Ukraine: Deutsche Unternehmen fassungslos – „Niemand weiß, wie es weitergeht“ \(rnd.de\)](https://www.rnd.de/news/2022/02/24/Krieg-in-der-Ukraine-Deutsche-Unternehmen-fassungslos-„Niemand-weiß-wie-es-weitergeht“-rnd.de)

Philip Sween hatte am Donnerstag gerade erst Entwarnung gegeben: In Odessa sei es bislang ruhig, erklärte der Manager des Hamburger Hafenbetreibers HHLA bei einer Pressekonferenz am Mittag – um zehn Minuten später einen frisch gemeldeten russischen Raketenangriff auf den ukrainischen Hafen kommentieren zu müssen. Die Hamburger

betreiben dort ein Containerterminal – und rätseln wie viele deutsche Unternehmen, was der Krieg nun für sie bedeutet.

„Sofern sich das bestätigt, wäre es schrecklich“, sagte Sween über die Attacke. Zuvor hatte HHLA-Chefin Angela Titzrath erklärt, dass die HHLA ihr Personal in Odessa nach Hause geschickt hat. „Der Hafen ist geschlossen, unsere Sorgen gelten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“, erklärte Titzrath bei der Pressekonferenz in Hamburg. Deutsches Personal ist ihr zufolge längst ausgereist, die Ukrainer unterstütze die HHLA mit einem außerordentlich gezahlten zusätzlichen Monatsgehalt.

Auf die Möglichkeit einer Eskalation vorbereitet hatte sich die HHLA laut Titzrath indes schon länger – was auch andere deutsche Unternehmen in der Ukraine bestätigten. Die Deutsche Bank hat für ihre ukrainischen Geschäfte laut ARD bereits Notfallpläne auf den Weg gebracht, die Lufthansa und die DB Schenker meiden den Staat nun ebenfalls. „Wir arbeiten an Notfallplänen für verschiedene Szenarien“, hieß es bei der Logistiktochter der Deutschen Bahn.

„Niemand weiß, wie es weitergeht“, sagte Titzrath allerdings auch – und brachte damit die Stimmung in der deutschen Wirtschaft angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine auf den Punkt: Das Entsetzen ist groß, aber weder die viel Ware aus Russland importierende Holzwirtschaft noch deutsche Getreideverarbeiter konnten am Donnerstag die Folgen abschätzen. „Uns fehlen die nötigen Informationen“, erklärte auch ein Sprecher des Außenhandelsverbands BGA.

Keine riesigen wirtschaftlichen Schäden

Fest steht, dass Russland zwar ein wichtiger Energielieferant ist. Das Land stellt mit 59,8 Milliarden Euro Handelsvolumen aber keinen herausragenden Handelspartner für die Bundesrepublik dar, die Ukraine mit 8,5 Milliarden Euro erst recht nicht. „Die deutsche Wirtschaft ist mit der in Russland und der Ukraine nicht so eng verflochten, als dass es riesige Schäden geben könnte“, erklärt der Ökonom und Wirtschaftsweise Achim Truger im Gespräch mit dem RND.

„Klar ist, dass die Eskalation negative Effekte haben wird“, sagte Truger aber auch – zumal bis zum Abend unklar war, wie genau mögliche Sanktionen gegen Russland, russische Gegenmaßnahmen sowie die Reaktion der Finanzmärkte aussehen würden. „Der Anstieg der Rohstoffpreise und die Sanktionen werden die Wirtschaft auch in Deutschland belasten“, stellte Michael Holstein, Chefvolkswirt bei der DZ-Bank klar.

Verbände sind offen für Sanktionen

„Diese Sanktionen werden auch Auswirkungen auf den Maschinen- und Anlagenbau haben“, erklärte auch Karl Haeusgen, Präsident des Verbands der Maschinenbauer (VDMA). Dessen Mitglieder gehören zu den Unternehmen, die vergleichsweise regen Handel mit Russland treiben, etwa mit Gerätschaften für die Öl- und Gasförderung.

Nun seien der VDMA und seine Mitglieder fassungslos angesichts der russischen Attacke. „Der VDMA unterstützt die Entscheidung, die Aggression hart zu sanktionieren“, bekräftigte Haeusgen.

„Wir sind zutiefst erschüttert über den russischen Überfall auf die Ukraine“, hieß es am Donnerstag seitens des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. „Wir haben uns dabei immer auch als Brückenbauer gesehen, der zur politischen und gesellschaftlichen Verständigung und Aussöhnung mit der Region beiträgt“, sagte der Vorsitzende Oliver Hermes. Nun würden bisherige Erfolge massiv infrage gestellt. An „Freunde und Partner in Russland“ gewandt, appellierte Hermes, sich gegen den Krieg zu positionieren.

Versorgungskollaps dank fehlender Lkw-Fahrer?

Wie und an welchen Stellen deutschen Unternehmen nun geholfen werden kann und muss, ist bislang unklar. Schon am Mittwochabend hatte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) klargestellt, dass es im Fall einer Eskalation an staatlichen Hilfgeldern nicht mangeln werde. Stefan Kooths, Vizepräsident und Konjunkturchef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel), sprach sich am Donnerstag dafür aus, einen europäischen Notfallfonds für betroffene Unternehmen aufzulegen.

Ungemach droht allerdings auf anderer Ebene: Sowohl aus der Ukraine als auch aus dem mit Russland verbündeten Belarus stammen zahlreiche Lkw-Fahrer. „Jetzt im Kriegsfall werden diese Fahrer nach Hause fahren, um ihren Familien beizustehen oder Dienst an der Waffe zu leisten“, befürchtet der Logistikverband BLV-Pro – und warnte gar vor einem „Versorgungskollaps“ in Deutschland.

In derart drastische Warnungen wollte der ungleich größere Bundesverband Güterverkehr und Logistik (BGL) am Donnerstag nicht einstimmen. „Angesichts des europaweit grassierenden Lkw-Fahrermangels ist etwa ukrainisches oder weißrussisches Fahrpersonal vor allem bei auch in Westeuropa tätigen osteuropäischen Transportunternehmen kaum mehr wegzudenken“, sagte aber auch BGL-Vorstandssprecher Dirk Engelhardt gegenüber dem RND. Der BGL stehe deshalb bereit, um gegebenenfalls gemeinsam mit zuständigen staatlichen Stellen die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, so Engelhardt weiter.

Handelsblatt:

„Das ist ökonomischer kalter Krieg“: Westliche Staaten sanktionieren russische Zentralbank  
27.02.2022

Es wäre ein beispielloser Schritt: Die Regierungen in den USA und Europa wollen die internationalen Reserven der russischen Notenbank einfrieren – mit drastischen Folgen für die Wirtschaft.

Die nächste Runde an Russlandsanktionen zielt auch auf die russische Notenbank ab. So wollen die westlichen Staaten Maßnahmen verhängen, die „die russische Zentralbank daran hindern, ihre internationalen Reserven auf eine Weise einzusetzen, die die Wirkung unserer Sanktionen untergräbt“. Das geht aus einer Erklärung vom Samstag hervor, die die USA

gemeinsam mit Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Kanada und der Europäischen Kommission veröffentlicht haben.

Genauere Details werden noch ausgearbeitet und könnten bereits am Sonntag veröffentlicht werden. „Doch schon jetzt ist klar, dass dies ein bedeutender Schritt ist“, sagte Josh Lipsky von der Denkfabrik Atlantic Council. Sanktionen gegen eine Notenbank zu verhängen „ist vermutlich der Schritt, der im internationalen Finanzsystem am meisten Schmerzen verursacht“.

Die Entscheidung dazu sei deutlich schneller gekommen als zunächst erwartet. Noch nie habe es Sanktionen gegen eine Zentralbank der 20 großen Industriestaaten (G20) gegeben. „Das ist beispiellos“, so Lipsky.

Einen Absturz des Rubels durch die wirtschaftlichen Belastungen infolge von Krieg und Sanktionen hatte die russische Zentralbank in den vergangenen Tagen bereits durch Eingriffe in den Devisenmarkt abgefedert. Die EU-Staaten, USA und Großbritannien wollen nun die Möglichkeiten der russischen Zentralbank einschränken, mit internationalen Finanzgeschäften den Rubelkurs zu stützen.

Brian O’Toole, Sanktionsexperte bei der Bank Truist Financial, geht davon aus, dass der Rubel am Montag massiv einstürzen wird und es zu einem Bankenansturm kommt. Die Preise für die russische Bevölkerung könnten massiv steigen.

„Das könnte der Anfang vom Ende von Putin sein“, sagte O’Toole am Samstag bei einer Veranstaltung, zu der das Atlantic Council geladen hatte. „Es wird interessant sein zu sehen, ob die Oligarchen Rückgrat zeigen werden, wenn die russische Wirtschaft vor dem Zusammenbruch steht.“

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen kündigte am Samstag in einem separaten Statement an: „Wir werden die Vermögenswerte von Russlands Notenbank einfrieren.“ Das werde Transaktionen unmöglich machen. „Und die Zentralbank wird ihre Assets nicht liquidieren können.“ Die Bündnispartner kündigten zudem an, russische Banken aus dem internationalen Zahlungsinformationssystem Swift auszuschließen.

Putins Widerstandsfähigkeit wurde immer wieder damit begründet, dass Russland in der Vergangenheit enorme Devisen- und Goldreserven angehäuft hat. Die meisten Quellen sprechen dabei von einem Volumen von 630 Milliarden Dollar, laut anderen Quellen sollen es an die 500 Milliarden Dollar sein.

Expertin hält Zusammenbruch des russischen Finanzsystems für möglich  
Elina Ribakova, stellvertretende Chefökonomin am Institute of International Finance, sprach von einem „signifikanten kumulativen Effekt“, der von den Beschlüssen der westlichen Staaten ausgehen werde. „Russlands Ökonomie hätte einen Schock verkraften können, aber nicht alle auf einmal.“ Sie hält daher einen Zusammenbruch des russischen Finanzsystems für möglich. Es werde schwer werden, sich davon zu erholen, glaubt Daniel Fried vom Atlantic Council. „Dies ist ein wirtschaftlicher kalter Krieg.“

Experten bereiten sich auf eine turbulente Woche vor. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der russischen Zentralbank, Sergej Aleksashenko, rechnet damit, dass es „am Montag zu einer Katastrophe auf dem russischen Devisenmarkt kommen wird. Ich denke, sie werden den Handel einstellen und dann den Wechselkurs künstlich festlegen, wie zu Zeiten der Sowjetunion.“

Mohamed El-Erian, Allianz-Berater und Vorsitzender von Gramercy Fund Management, rechnet „unweigerlich mit Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft“. Es sei wahrscheinlich, dass es bei russischen Unternehmen zu Zahlungsrückständen gegenüber westlichen Unternehmen und Gläubigern kommen werde.

Der leitende Marktanalyst bei Oanda, Edward Moya, sagte, viele Händler seien überzeugt gewesen, dass die USA und Europa keine harte Haltung zeigen würden. „Diese Aktion wird wirklich schwer zu verdauen sein, und sie wird viele Anleger beunruhigen. Ein Großteil des Aufschwungs, den wir in der zweiten Hälfte der letzten Woche gesehen haben, wird auf die Probe gestellt werden.“

Die Banker an der Wall Street machen sich auch über Putins nächste Schritte Gedanken. „Die Frage ist: Was dachte Putin darüber, wie weit die westlichen Länder mit ihren Sanktionen gehen würden? Und was wird er tun, wenn es keinen Plan B gibt und er mit dem Rücken zur Wand steht?“, fragt Daniel Alpert von der Investmentbank Westwood Capital. Er verweist auf Putins Drohungen, Nuklear- und Cyberangriffe starten zu können.

Die Investmentbank Goldman Sachs hat am Donnerstag für ihre Kunden ein Briefing mit dem früheren Chef des britischen Geheimdienstes MI6, Alex Younger, organisiert, wie Bloomberg berichtete. Younger gehört nun zu den Beratern des Finanzinstituts und soll auch darüber gesprochen haben, dass eine nukleare Konfrontation zum ersten Mal seit 30 Jahren eine reale Möglichkeit sei.

FAZ:

[Russlands Zentralbank kämpft mit Rekordzins gegen Rubelverfall \(faz.net\)](#)

...An den Rohstoffmärkten sorgt der eskalierende Konflikt zwischen Russland und dem Westen für Verwerfungen. Die Furcht vor Lieferausfällen im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine beschert Weizen den größten Preissprung seit fast 13 Jahren. Der US-Future stieg um mehr als neun Prozent auf ein Neuneinhalb-Jahres-Hoch von 9,2025 Dollar je Scheffel. Russland und die Ukraine sind wichtige Weizen-Exporteure.....

Tagesschau:

Wie Tech-Konzerne auf den Krieg reagieren (TGS)

Keine Werbeeinnahmen mehr und Warnhinweise für russische Staatssender: Auch große Tech-Unternehmen reagieren auf den russischen Angriff auf die Ukraine. Die Konzerne stehen unter Druck - von beiden Seiten.

Im Kern geht es beim Vorgehen großer Tech-Konzerne um russische Propagandasender wie RT. Diese unterhalten bei der Google-Tochter YouTube eigene Kanäle, ebenso Social-Media-Auftritte



bei Facebook und Twitter. Russland stört sich bei Facebook daran, dass das soziale Netzwerk die Postings russischer Staatsmedien mit Warnhinweisen versieht und einer Faktenprüfung unterzieht.

Genau das will der Zensor in Moskau nicht. Facebook ist aber bislang standhaft geblieben. Es ist sogar noch weitergegangen und erlaubt auf seinen Plattformen wie Instagram und Facebook keine Werbeanzeigen der russischen Propagandasender mehr .

YouTube-Kanal in Ukraine abgeschaltet

Die Videoplattform YouTube, die zur Google-Mutter Alphabet gehört, verbietet den staatlichen russischen Sendern seit kurzem nicht nur Werbeclips für ihre Angebote zu schalten, sie hat den Anbietern auch die Monetarisierung entzogen. Das heißt: Die Videos werden nicht mehr durch Werbung unterbrochen, sodass die Sender mitverdienen.

In der Ukraine hat YouTube die russischen Propagandasender ganz abgeschaltet, weil man die Menschen vor Falschinformationen schützen will. Die Videoplattform hat anscheinend auch ihren Algorithmus für die betreffenden Sender verändert, denn diese werden jetzt weniger oder gar nicht mehr anderen Userinnen und Usern vorgeschlagen. Der Kurznachrichtendienst Twitter hat Werbeanzeigen in den beiden Ländern abgeschaltet.

„Der Druck dürfte deutlich zunehmen“

Rechtsprofessor David Kaye von der UC Irvine in Südkalifornien lobt, dass die Tech-Konzerne des Silicon Valley gegenüber dem russischen Regime standhaft geblieben seien.

Er gibt aber zu Bedenken, dass es vermutlich erst der Anfang des Konflikts sei und befürchtet stärkere Eingriffe der russischen Zensur: "Wenn die sozialen Netzwerke aufgrund der Ereignisse mehr Zulauf erhalten und das die russische Regierung aufregt, könnte sie ihre Maßnahmen gegen die Angebote verschärfen. Es ist gut, wie die Techunternehmen reagiert haben, aber ich fürchte, der Druck dürfte noch deutlich zunehmen."

Russland drosselt Zugang

Genau das ist passiert. Seit gut einem Tag drosselt die russische Regierung den Zugang zu den US-Plattformen. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, bauen sich die Seiten von Facebook zum Teil langsamer auf, auch Videos werden nicht mehr so schnell geladen. Twitter-Nutzerinnen und -Nutzer berichten von ähnlichen Beobachtungen.

Doch auch im Heimatland der Tech-Unternehmen gibt es Kritik: So hat der demokratische Senator Mark Warner die Konzerne aufgefordert, stärker gegen russische Einflussnahme vorzugehen. Auch die ukrainische Regierung ist am Freitag bei Apple vorstellig geworden und hat Konzernchef Tim Cook gebeten, den App-Store des Unternehmens in Russland abzuschalten.

Rechtsprofessor Kaye sagt, er sympathisiere mit der Ukraine, findet den Vorschlag aber nicht gut: "Ich wäre sehr besorgt, wenn die Tech-Unternehmen den Zugang zu ihren Plattformen in Russland einschränken würden, weil sie dadurch eventuell der Ukraine helfen. Ich halte das für kontraproduktiv. Vor allem für die Menschen in Russland, die gegen diesen Krieg sind."

ZDF:

[EZB: Sberbank steht in Europa vor Bankrott - ZDFheute](#)

28.02.2022

Laut EZB geht die europäische Tochter der russischen Sberbank "wahrscheinlich" bankrott. Die Bank wurde aufgrund des russischen Kriegs gegen die Ukraine sanktioniert. Die Zentrale des größten russischen Geldhauses Sberbank in Moskau. Betroffen sind demnach die Sberbank Europe AG sowie ihre Tochtergesellschaften in Kroatien und Slowenien.

Die europäischen Tochtergesellschaften der wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine mit Sanktionen belegten russischen Sberbank werden der Europäischen Zentralbank (EZB) zufolge "ausfallen oder wahrscheinlich ausfallen".

Aufgrund der "Auswirkungen der geopolitischen Spannungen auf ihren Ruf" habe die mehrheitlich vom russischen Staat kontrollierte Bank "erhebliche Einlagenabflüsse hinnehmen" müssen, teilte die EZB in der Nacht zum Montag mit.

FMA in Österreich verhängt Zahlungsmoratorium

Betroffen sind demnach die in Österreich ansässige Sberbank Europe AG sowie ihre Tochtergesellschaften in Kroatien und Slowenien. Die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) verhängte ein Zahlungsmoratorium über die Bank. Die Sberbank Europe AG darf demnach "keinerlei Auszahlungen, Überweisungen oder andere Transaktionen durchführen".

Die einzige Ausnahme vom Zahlungsmoratorium gibt es für Einleger, die zur Sicherung des "nötigsten täglichen Bedarfs" maximal 100 Euro pro Tag abheben dürfen. Zugleich wurde betont, dass Einlagen bis 100.000 Euro weiterhin durch das österreichische Einlagensicherungssystem gesichert sind.

Swift-Ausschluss Russlands

Die FMA handelte dabei im Auftrag der europäischen Abwicklungsbehörde für Banken, des Single Resolution Board (SRB) in Brüssel, nach einer Mitteilung durch die EZB. Die Sberbank gehört zu den größten Banken Russlands. Am Samstag hatten die westlichen Staaten die Bank als Teil der Sanktionen gegen Moskau vom internationalen Swift-Finanzsystem ausgeschlossen. 36

Der Swift-Ausschluss soll die russische Wirtschaft hart treffen: Die betroffenen Banken können nicht mehr mit Geldhäusern in anderen Ländern kommunizieren. Dies wird Zahlungs- und Warenströme verlangsamen oder ganz verhindern. Von den Sanktionen sind daher auch ausländische Firmen betroffen, die in Russland tätig sind.

## 5. Hilfsaktionen

Erste Unternehmen wenden sich mit Hilfsangeboten an den Ost-Ausschuss. Unter anderem werden Arbeits- und Praktikantenplätze für ukrainische Flüchtlinge angeboten, sowohl in Deutschland, als auch in Niederlassungen im östlichen Europa. Wir sammeln alle Hilfsangebote und versuchen zu koordinieren. Dies gilt auch für Spendenaufrufe.

Auf folgenden gemeinsamen Hilfsaufruf von der AHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

# Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß.

Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

---

**Rotary hilft.**

Berlin  
**Rotary**  
Platz der Republik



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. **Country -**
2. **Name -**
3. **City/town -**
4. **Phone number (für WhatsApp?) -**
5. **Amount of people I can host -**
6. **For how long I can host -**
7. **What I can offer in addition -**

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn  
oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Die **Deutsche Bank** bietet Unternehmen ihre Unterstützung an und hat eine Informationsseite zu Osteuropa erstellt. Dazu heißt es von Seiten der Deutschen Bank: Wir unterstützen die Entscheidungen der Bundesregierung und ihrer Bündnispartner und werden die Sanktionen konsequent umsetzen. Unser Mitgefühl ist mit den Menschen in der Ukraine.

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](https://www.deutschebank.de)

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

